



Protokoll der 79. Landesschüler*innenkonferenz

Freitag, 25.11.2022

(Offizieller Beginn ist für 15:45 Uhr angesetzt, kurze Einweisung für LSK-Erstgänger*innen findet direkt im Anschluss statt)

Beginn: 16:01 Uhr

TOP 1 Begrüßung, Organisatorisches

Begrüßung der Delegierten und Gäste durch Florian Pumple und Emma Lucke

TOP 2 Einführung für Neue

Zuteilung der Gruppen durch Ziehen von Zetteln:

Panda: Plenum

Eisbär: Raum Wasgau

Grizzly: Raum Pirmasens

TOP 3 Eröffnung und „LSK für Neue“

Offizielle Eröffnung der Sitzung durch das Präsidium

- *Organisatorisches*
- *Vorstellung Jugendleitung (Miriam Weber und Betty Hegemann)*
 - *Ankündigung des Abendprogramms*
 - *Awareness Team*
 - *Alkoholregelung*

TOP 4 Grußworte

Gruß-Video von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

TOP 5 Prüfen der Beschlussfähigkeit

Von 108 Delegierten sind 71 anwesend. Für die Beschlussfähigkeit sind 54 Delegierte notwendig. Die 79. Landesschüler*innenkonferenz ist somit beschlussfähig!



TOP 6 Wahlen zum Präsidium

Erklärungen zum Amt durch das Präsidium

Wahlen zum Präsidium

Präsident*in

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Lara-Marie Honczek	60	4	10	gewählt
David Richter	13	10	49	nicht gewählt

GO-Antrag auf Personaldebatte → keine Gegenrede; angenommen

Protokollant*in

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Florian Pumple	MaS	1	1	gewählt

Technische Assistenz

GO-Antrag auf Personaldebatte → Abstimmung

Ja	Nein	Enthaltung
26	33	11

→ abgelehnt

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Felix Brand	41	8	23	gewählt
Fynn Peters	20	11	35	nicht gewählt
Leander Besand	16	0	45	nicht gewählt

Abendessen 18:00

Plenum Beginn: 19:15

Stellvertretendes Präsidium (3)

GO-Antrag auf Personaldebatte:

Ja	Nein	Enthaltung
15	MaS	2



→ abgelehnt

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Jan Forsecwicz	29	0	29	nicht gewählt
Greta Hostermann	43	0	20	gewählt
Rodi Mem Boyrazli	42	0	30	gewählt
Erik Peters	28	9	34	nicht gewählt
Ariane Bukschat	53	0	9	gewählt
Leon Becht	39	2	21	nicht gewählt

TOP 7 Wahlen zur Antragskommission

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
David Richter	33	4	27	gewählt
Estella McColgan	50	1	15	gewählt
Laurin Görge	13	1	51	nicht gewählt
Merlin Schröder	22	0	38	nicht gewählt
Julian Paul	47	0	12	gewählt

TOP 8 Beschluss der Tagesordnung

1. Begrüßung, Einführung ins Thema
 2. Einführung für Neue
 3. Eröffnung der Sitzung
 4. Grußworte
 5. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 6. Wahlen zum Präsidiums
 7. Wahlen zur Antragskommission
 8. Beschluss der Tagesordnung
 9. Genehmigung des Protokolls der 78.LSK
- Abendessen
10. Wie funktionieren Anträge?
 11. Antragsbehandlung
 12. Abendprogramm
- Frühstück



- 13. Workshop-Phase
- 14. Genderplena
- Mittagessen
- 15. Nachwahlen zum Landesvorstand 2021/2022 (vertagt)
- 16. Rechenschaftsberichte der ausscheidenden Amtsträger*innen und Entlastung
- 17. Wahl der Wahlkommission
- 18. Vorstellung der Kandidat*innen für den Landesvorstand und Fragerunde
- 19. Wahlen zum Landesvorstand 2022/2023
- 20. Wahlen zum erweiterten Landesvorstand 2022/2023
- Abendessen
- 21. Podiumsdiskussion zum Thema „Wahlalter“
- 22. Antragsbehandlung
- 23. Abendprogramm
- Frühstück
- 24. Antragsbehandlung
- 25. Abschlussplenum und Feedback
- Mittagessen
- Abreise

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
	MaS			beschlossen

TOP 9 Genehmigung des Protokolls der 78. LSK

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
	MaS			genehmigt

TOP 10 Wie funktionieren Anträge?

Erklärung der Verfahrensweise bei Antragsbehandlung durch das Präsidium.
(Genauere Erklärung am Beispiel im TOP 11 Antragsbehandlung)

TOP 11 Antragsbehandlung

Antrag A5 (an die 79. LSK): Etablierung eines 29 €-Tickets in Rheinland-Pfalz

Antragstellender: David Richter (Landesvorstand, Kreis-SV Südwestpfalz)

Antragstext:

Die 79. Landesschüler*innenkonferenz möge beschließen, dass sich die Landesschüler*innenvertretung Rheinland Pfalz für die Implementierung eines dauerhaften 29 €-Tickets, welches in ganz Rheinland-Pfalz gültig ist, einsetzt.

Der endgültige Text in der Beschlusslage soll folgendermaßen lauten:



Die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz setzt sich für die dauerhafte Implementierung eines landesweit gültigen 29 €-Tickets als Nachfolge des 9 €-Tickets ein. Dies steht natürlich nicht unserem Beschluss, den kompletten ÖPNV kostenlos zu machen, im Wege, es soll schlichtweg als Schritt in die Richtige Richtung verstanden werden um vor allem junge Menschen, aber natürlich auch alle Menschen in Rheinland-Pfalz finanziell zu entlasten und für eine dauerhafte Verkehrswende zu sorgen.

Zuordnung in die Beschlusslage: Kostenlose Bildung, ÖPNV Netz verbessern

Antragsbegründung:

Das 9 € -Ticket, welches von Juli bis September bundesweit nutzbar war, war in jeglicher Hinsicht ein voller Erfolg. Menschen die zuvor mit dem Auto gefahren sind ließen in der Zeit des bezahlbaren ÖPNVs nachweislich öfters das Auto stehen und Nutzten die vorhandenen Angebote. Vor allem sorgte es aber auch für eine finanzielle Entlastung der sozial schwächeren Haushalte und einen geringeren CO2-Ausstoß als in den vorherigen Jahren. Durch die Implementierung eines 29 €-Tickets ließe sich dies in ähnlichem Maße bewerkstelligen. Dies lässt sich bereits in Berlin beobachten, Niedersachsen zieht mit dieser Praktik nun auch nach, da dies so im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen so festgeschrieben wurde. So ließe sich eine für vor allem junge Menschen bezahlbare Übergangslösung schaffen, bis der ÖPNV nach Luxemburgischen Modell komplett kostenlos gemacht wird.

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

GO-Antrag auf begrenzte Redezeit auf 1 Minute → Abstimmung

Ja	Nein	Enthaltung
MaS		

→ angenommen

GO-Antrag auf begrenzte Redezeit auf 30 Sekunden → zurückgezogen

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste → angenommen

ÄA1: ergänze: „welches Grenzgebiete einschließt“

→ vom Antragsteller angenommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
Mas		

→ angenommen



- Florian verlässt das Präsidium
- Rodi betritt das Präsidium

**Antrag GO1 (an die Geschäftsordnung der LSK):
Aufgabenverteilung in der Geschäftsordnung**

Antragstellende: Florian Pumple, Emma Lucke

Antragstext: Ersetze: „Ein Mitglied des Landesvorstandes...“ durch: „Das Gremienreferat...“.

Zuordnung zu 1. Regularien der LSK-Geschäftsordnung

Antragsbegründung: erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1: ersetze durch: “Das Gremienreferat, es sei denn diese sind verhindert oder möchten es nicht” → von Antragstellenden angenommen

Dritte Lesung.

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
	MaS			angenommen

Antrag GO2 (an die Geschäftsordnung der LSK): Leitung der LSK bei einem Misstrauensvotum gegen das Präsidium

Antragstellende: Florian Pumple, Emma Lucke

Antragstext: Streiche: „(...) In diesem Falle leitet die*der LaRa-Sprecher*in die Versammlung bis zur Abstimmung. Bei deren*dessen Verhinderung leitet ein Mitglied des LaVos die Verhandlung bis zur Abstimmung.“ Ersetze durch: „In diesem Falle leitet das Gremienreferat die Versammlung bis zur Abstimmung.“

Zuordnung zum Thema: Misstrauensanträge gegen das Präsidium (Geschäftsordnung)

Antragsbegründung: erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.



ÄA1: Ersetze: „die*der LaRa-Sprecher*in“, Füge an: „Sollte der*die LaRa-Sprecher*in LSK Präsident*in gewesen sein, so leitet ein Mitglied des LaVos, die Versammlung bis zur Neuwahl des Präsidiums. Dieses Mitglied wird mit einfacher Mehrheit gewählt.“

→ wurde von der Antragskommission zurückgewiesen

ÄA2: Ergänze hinter „das Gremienreferat“, „es sei denn dieses ist verhindert oder möchte dies nicht, ansonsten tut dies der*die LaRa-Sprecher*in“ → von Antragstellenden angenommen

GO-Antrag: Antrag auf Schließung der Redner*innenliste → MaS

Dritte Lesung.

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
	42	22	6	angenommen

→ Rodi verlässt das Präsidium

Antrag A1: Arbeitsprogramm für die Funkis 2022/23 (79. LSK)

Antragstellende: Florian Pumple (für den Landesvorstand 2021/22 der LSV)

Antragstext:

a. Gremienreferat

i. Grundsätzliches

Das Gremienreferat... soll sich darum bemühen, dass die Arbeit im Landesvorstand gut koordiniert funktioniert. Es soll sich um ein positives Arbeitsklima bemühen und stets dafür sorgen, dass die Arbeit gleichmäßig verteilt ist und alle Aufgaben erledigt werden.

ii. Landesschüler*innenkonferenzen

1. Soll zwei LSKen zusammen mit der GF organisieren, die Räume für die zukünftigen besichtigen und einen Überblick über die Tagungsräume haben.
2. Soll sich um ein gutes Motto und dazu passendes Motiv bemühen.
3. Soll sich rechtzeitig um gute Workshops bemühen und über diese abstimmen lassen.
4. Soll eine sinnvolle, an die Tagungsräume und Inhalte der LSK angepasste Tagesordnung erstellen.
5. Soll die LSKen einleiten, begleiten und organisatorische Ansagen machen.
6. Soll sich um ein gutes Feedbacksystem bemühen, dass die zukünftigen LSKen immer besser werden können.
7. Soll für die Umsetzung der Punkte 1 - 6 eine Planungsgruppe mit freiwilliger Teilnahme von Funkis gründen und koordinieren.



iii. Einarbeitungstage

1. Soll Einarbeitungstage für die kommende Generation zusammen mit der GF organisieren.
2. Soll eine Tagesordnung erstellen, orientiert an denen der vorherigen Jahre, und zusammen mit den Funktionär*innen den Landesvorstand gut auf dessen Arbeit vorbereiten.

iv. Halbzeitklausur

1. Soll eine Halbzeitklausur zusammen mit der GF organisieren.
2. Soll dort mit dem Funkkreis über die bisherige Arbeit reflektieren und ein weiteres Vorgehen für das verbleibende Amtsjahr planen.
3. Soll teambildende Maßnahmen verstärkt einbauen, dass die Zusammenarbeit gut weiterbestehen kann.

v. Herbsttagung

1. Soll eine Herbsttagung von Tagen zusammen mit der GF organisieren
2. Soll dort die LSK in Bezug auf Punkte, die den gesamten Funkkreis betreffen planen
3. Soll teambildende Maßnahmen einbauen, um ein gutes Klima auf der Tagung zu schaffen.

vi. Arbeitsprogramm

1. Soll immer einen Überblick über das Arbeitsprogramm haben und sich um dessen Umsetzung bemühen.
2. Soll die Referate und Arbeitsbereiche an deren Aufgaben erinnern.

vii. Landesvorstandssitzungen

1. Soll monatlich eine Landesvorstandssitzung organisieren und die Tagesordnung erstellen.
2. Soll die Sitzungen leiten und sich um die Erstellung eines Protokolls kümmern.
3. Soll im Nachhinein das Protokoll überarbeiten und die entsprechenden Personen an deren Aufgaben erinnern.

viii. Erweiterter Landesvorstand

1. Soll einen Einarbeitungstag für den eLaVo organisieren.
2. Soll den eLaVo verstärkt in die Arbeit einbinden.
3. Soll den eLaVo bei Veranstaltungen um Unterstützung bitten.
4. Soll den eLaVo zu den Landesvorstandssitzungen einladen.

ix. Koordination Referate

1. Soll sich um die Koordination der Referate kümmern und diese an deren Aufgaben erinnern.

x. Im Gremienreferat untereinander Aufgaben verteilen

1. Soll intern die Aufgaben gleichmäßig und sinnvoll verteilen, sodass keine Aufgaben vergessen werden. Dies ist hier besonders wichtig, da sich das Gremienreferat um die Koordination und das Funktionieren des LaVos kümmert.



xi. Klausurtagungen

1. Soll (regelmäßig) stattfindende Klausurtagungen (mind. zweitägig) organisieren, bei denen projektspezifisch gearbeitet wird.

b. Außenreferat

i. Grundsätzliches

Das Außenreferat soll sich darum bemühen, alle Termine innerhalb von Rheinland-Pfalz wahrzunehmen, bzw. wenn es aus terminlichen Gründen nicht geht, eine Vertretung aus dem übrigen Funki-Kreis zu organisieren.

Neben dem Wahrnehmen der Termine ist es auch Aufgabe des Außenreferats, Menschen zu Gesprächen einzuladen. Neben Treffen vor Ort in ganz Rheinland-Pfalz soll sich das Außenreferat auch um laufenden Kontakt zu diversen Menschen bemühen, sprich z. B. bei Pressemitteilungen anderer Verbände anrufen und Feedback geben.

Auch ist es Aufgabe des Außenreferats, Menschen, nach Absprache mit dem gesamten Funki-Kreis, zu Veranstaltungen der LSV einzuladen. Außerdem soll der ständige Kontakt zum Bildungsministerium bestehen.

Gemeinsam mit dem Pressereferat soll sich das Außenreferat um überschneidende Aufgaben, die beide Referate betreffen, kümmern und die allgemeine Zusammenarbeit der beiden Referate stärken. Das Außenreferat pflegt daher einen regelmäßigen Austausch mit dem Pressereferat, um ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

ii. Wahlalter 16 - Aktion

1. Im Zuge der Gespräche mit den Jugendparteien zur Landtagswahl 2021 kam uns die Idee einer Aktion mit diesen und weiteren Organisationen im Jugendbereich, um dieser Forderung mehr Aufmerksamkeit zu geben.

iii.

Gespräche mit BM, Parteien, Fachspezifischen Instituten

1. Besonders in der Zeit der Pandemie hatten wir viele Gespräche mit dem BM und Expert*innen aller Art. Wir würden uns wünschen, dass diese Kontakte auch nach der Pandemie beibehalten werden.

iv. Kooperation NaKlario beibehalten, unsere Expertise einbringen

1. NaKlario ist eine Plattform, auf der ehrenamtliche Tutor*innen Schüler*innen in ganz Deutschland beim Lernen zu unterstützen. Jedes Bundesland hat seine eigenen Strukturen im Thema Bildung, aus diesem Grund ist unsere Expertise sehr wichtig.

v. Kontakte mit Parteien, Jugendparteien und Jugendparlamenten in RLP ausbauen und pflegen

1. Politisches Arbeiten funktioniert am effektivsten, wenn man ein großes Netzwerk hat. Die Pflege und der Ausbau von Kontakten zu Mitstreiter*innen ist also ein essenzieller Teil eurer Arbeit.

vi. Kontakte zur Regierung stark verbessern



1. Zurzeit haben wir einen guten Kontakt zum BM und es gab den einen oder anderen Termin mit der Ministerpräsidentin. Ihr solltet versuchen, einen guten Kontakt zur Regierung zu haben.

2. Reisekosten

Da die finanziellen Ressourcen des Außenreferats endlich sind, sollen die Außenreferat*innen für ihre Reisen eine BahnCard 50 nutzen und bei Terminen mit hohen Kosten vorher erörtern, ob der Termin die Kosten wert wäre. Bei Einführung des Deutschland-Tickets gilt selbiges.

vii. So geht's!

1. Kommunale Jugendorganisationen unterstützen uns häufig in unserer Arbeit auf KrSV- und SSV-Ebene. Bei diesem Treffen kommen genau diese Organisationen zusammen und tauschen sich aus. Wie eben schon erwähnt, ist ein großes Netzwerk immer gut.

viii. Bündnis Bildungsticket

1. Das Bündnis Bildungsticket kümmert sich darum, dass ÖPNV in RLP sowohl günstiger als auch breiter verfügbar ist.

ix. Beteiligung an Social Media

Eine Beteiligung des Außenreferats an den Social Media Kanälen soll zur Unterstützung und Optimierung des digitalen Auftritts ermöglicht und unterstützt werden.

x. Angebot von Menstruationsartikeln in ganz RLP

Das Außenreferat soll sich darum bemühen, das Angebot von Menstruationsprodukten an allen Schulen in Rheinland-Pfalz zu schaffen und beizubehalten.

xi. Ausbau der Challenge

Die Challenge, an der das Außenreferat zusammen mit den Ministerien unter der Leitung des Staatssekretärs David Profit gearbeitet hat, soll weiter ausgebaut werden.

xii. Mehr Kooperationen mit der Initiative „Schule geht besser“

Die Bemühung, weiter mit der Initiative „Schule geht besser“ zusammenzuarbeiten, soll weiterhin verfolgt werden.

c. Basisreferat

i. Grundsätzliches

Das Basisreferat ist für den Kontakt zu den Schulen, den Kreis-/Stadt-SVen, den SVen vor Ort und den Basisschüler*innen zuständig. Es soll als Ansprechpartner*in bei Anfragen zur Verfügung stehen und SV-Arbeit an den Schulen attraktiver gestalten.

Demokratie ist der Grundsatz für alles, wofür die LSV steht. Deshalb ist es unverzichtbar, in der eigenen Arbeit die Werte und Funktionen der Demokratie zu vertreten und zu verteidigen!

Das Basisreferat hält die Strukturen der LSV am Laufen. Ohne die Arbeit des Referats hat die LSV keine demokratische Legitimation. Die Stärkung der SV-Arbeit an Schulen sowie in den Kreisen und Städten ist essenziell für das Funktionieren der LSV. Uns Schüler*innen muss klar sein, dass wir Rechte haben, die uns nicht verwehrt werden dürfen. Deshalb



steht das Basisreferat für Partizipation und Meinungsfreiheit. Junge Menschen müssen mitbestimmen dürfen!

1. Die Arbeitsteilung soll gleichmäßig auf die Mitglieder des Basisreferats aufgeteilt werden. Dabei soll nicht nach konkreten Aufgaben getrennt werden. Alle Mitglieder sollen sich gleich stark in allen Bereichen engagieren.

ii. KrSVen/SSVen

1. Soll sich um regelmäßige Treffen der Kreis- und Stadt-SVen bemühen, die Basisbetreuer*innen unterstützen.

2. Soll sich bemühen, dass alle Schulen zu den Kreis-/Stadt-SV Treffen erscheinen (z. B. durch Rotation der Tagungsorte).

3. Soll in Kreisen/Städten, in denen die KrSV-/SSV-Vorstände nicht selbstständig zu Sitzungen einladen, die Vorstände kontaktieren und auf die Notwendigkeit der Sitzungen aufmerksam machen oder selbstständig zu Treffen einladen.

4. Die KrSV-/SSV-Arbeit ist nicht ausschließlich Aufgabe des Basisreferats. Die anderen Funktionär*innen sollen ebenfalls Kreise und Städte betreuen. Das Basisreferat koordiniert die gesamte KrSV-/SSV-Arbeit, behält die Zahl der Sitzungen im Überblick und erinnert an noch zu erledigende Aufgaben bezüglich der KrSVen/SSVen innerhalb des Funktionär*innenkreises.

iii. LSK

1. Gemeinsam mit dem Gremienreferat soll für die Beschlussfähigkeit der LSK gesorgt und Kandidat*innen für den Landesvorstand geworben werden.

iv. Workshops

1. Soll ein Konzept für Workshops erarbeiten, um die Basis anzusprechen und die Kreis- und Stadt-SVen bei ihrer Arbeit zu unterstützen und weiterzubilden.

v. Schulbesuche

1. Soll problematische Schulen, die keine SV/eine schlecht funktionierende SV haben, besuchen und versuchen, diese bei der Bildung einer funktionierenden SV zu unterstützen.

2. Während der Pandemie soll zu diesen Schulen digital bzw. per Telefon Kontakt aufgenommen werden.

vi. Anfragen der Basis

1. Soll Anfragen von Schüler*innen beantworten und bei konkreten Problemen in der SV-Arbeit beim Lösen helfen.

2. Kann auch als Ansprechpartner*in für außerschulische Probleme zur Verfügung stehen.

3. Soll sich auch im Nachhinein informieren, ob Probleme an Schulen gelöst werden konnten und bei Bedarf erneut nachhaken und versuchen, weitere Lösungsvorschläge zu sammeln.

vii. Newsletter

1. Soll alle zwei Monate/bei Bedarf einen Newsletter herausbringen, in dem die Arbeit der LSV zusammengefasst wird und eigene sowie externe Veranstaltungen / Aktionen / Veröffentlichungen etc. beworben werden. Es verfasst selbstständig die Texte hierfür und sendet diese an das Büro.



viii. Einbindung von Förderschulen

1. Soll bei der Bildung von SVen an Förderschulen unterstützen.
2. Soll Workshops an Förderschulen zum Thema SV halten, um deren Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern.
3. Soll die Förderschulen aktiv in die Kreis-/Stadt-SV-Arbeit einbinden.

ix. Grundschulen

1. Soll bei der Bildung von SVen an Grundschulen unterstützen.
2. Soll Workshops an Grundschulen zum Thema SV halten, um deren Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern.

x. Leitfäden

1. Soll Leitfäden mit Tipps für SV-Arbeit erstellen.
 - a. Wie kann das SV-Team Projekte angehen?
 - b. Wie finden SV-Wahlen statt?
 - c. Wie veranstaltet das SV-Team eine KSV?

xi. Schüler*innenrechte

1. Soll Schüler*innenrechte vermitteln.
2. Soll SVen Mut machen, die Interessen der Schüler*innen aktiv in der Schulgemeinschaft zu vertreten und von ihren Rechten Gebrauch zu machen.

xii. SV-VL-Seminar

1. Soll ein SV-VL-Seminar organisieren und für gute Workshops sorgen, sodass ein guter Austausch stattfinden kann.
2. Soll sich für weitere, möglicherweise digitale SV-VL-Seminare einsetzen und diese durchführen.
3. Soll mit dem Arbeitsbereich „SV-VL-Seminar“ sehr eng zusammenarbeiten.

xiii. Ansprechperson für Verbindungslehrkräfte

1. Soll sich weiterhin um eine Ansprechperson für Verbindungslehrkräfte bemühen und mit dem Bildungsministerium (Dennis Jung) und dem Pädagogischen Landesinstitut (Evelyn Horst) hierzu stetig in Kontakt bleiben.

xiv. Popularität der LSV

1. Soll die Bekanntheit der LSV steigern.
2. Soll Basisschüler*innen das Thema Politik näherbringen und zum Engagement ermutigen.

xv. Erhalt des Gymnasiums Nonnenwerth

1. Soll sich für den Erhalt des privaten Gymnasiums Nonnenwerth einsetzen und engen Austausch mit der örtlichen Schüler*innenvertretung und den betroffenen Schüler*innen halten sowie diese unterstützen. Die LSV soll sich überdies im Allgemeinen gegen die Schließung von Schulen einsetzen.

xvi. Aktive Einbindung der LSK-Delis außerhalb von LSKen



1. Soll Plattformen und Wege finden und etablieren, auf denen sich der LaVo zwischen LSKen die Meinung der LSK-Delegierten einholen kann, sodass die Legitimation von LaVo-Entscheidungen wächst.

d. Pressereferat

i. Soll sich aktiv um ordentliches, stets aktuelles und ansprechendes öffentliches Auftreten der LSV bemühen.

ii. Soll regelmäßig Pressemitteilungen veröffentlichen und hierbei auch auf aktuelle Ereignisse und politische Debatten eingehen. Konkret soll auf jeden Fall zur Zeit der schriftlichen Abiturprüfungen im Januar eine umfassende Positionierung der LSV zum Thema Abitur veröffentlicht werden.

iii. Soll Presseauftritte wahrnehmen, also auf Presseanfragen wie z. B. Interview- oder Fernsehanfragen reagieren.

iv. Soll auf Presseterminen Präsenz zeigen.

v. Soll den Presseverteiler der LSV überarbeiten und bewerben, um mehr Redaktionen / Menschen zu erreichen.

vi. Kann bei gegebenem Anlass eigene Pressekonferenzen veranstalten.

vii. Kann Jugendpresseausweise beantragen, wenn diese sinnvolle Möglichkeiten bieten (Vernetzung, Einladungen,...).

viii. Soll die Social-Media-Accounts der LSV hauptverantwortlich und grundsätzlich eigenverantwortlich gemäß dem Social-Media-Konzept führen.

ix. Gemeinsam mit dem Außenreferat soll sich das Pressereferat um überschneidende Aufgaben, die beide Referate betreffen, kümmern und die allgemeine Zusammenarbeit der beiden Referate stärken. Das Pressereferat pflegt daher einen regelmäßigen Austausch mit dem Außenreferat, um ein gemeinsames Vorgehen und die gegenseitige Mitwirkung an einer optimalen Außenwirkung abzustimmen.

e. Bundesreferat

i. Allgemeines

1. Grundlegend

Obwohl Bildungspolitik hauptsächlich Ländersache ist, kann man viel von einem Austausch über die Ländergrenzen hinaus profitieren. Seien es inspirierende Impulse oder Möglichkeiten zu Kooperation, länderübergreifenden Positionierungen und Pressemitteilungen mit größerer Reichweite oder mit dem Ziel, beispielsweise die KMK zu erreichen. Dementsprechend sollen die Bundesdelegierten Kontakte aufbauen, sich vernetzen, austauschen und evaluieren, von welchen Erfahrungen oder Expertisen die LSV RLP profitieren kann. Aber auch andersherum sollen die Bundesdelegierten anderen LSVen



zur Seite stehen, ihre Grundsätze versuchen zu verbreiten und unterstützen wo es geht und im Sinne der LSV RLP und ihrer Beschlusslage ist.

2. Arbeitsverteilung

a. Zur besseren Bewältigung des Aufgabenspektrums des Bundesreferats ist es sinnvoll, wenn die Bundesdelegierten zu Beginn der Amtszeit die Aufgabenbereiche grob unter sich aufteilen.

b. Außerdem sollen sich die Bundesdelegierten darum bemühen, auf anderen LSKen teilzunehmen.

3. Reisekosten

Da die finanziellen Ressourcen der Bundesdelegation endlich sind, sollen die Bundesdelegierten für ihre Reisen eine BahnCard 50 nutzen und bei Terminen mit hohen Kosten vorher erörtern, ob der Termin die Kosten wert wäre. Bei Einführung des Deutschland-Tickets gilt selbiges.

ii. BSK

1. Eintrittsevaluierung

Die Bundesdelegierten sollen stetig evaluieren, ob ein Eintritt in die BSK sinnvoll ist. Die Kriterien hierfür sind in einem Papier niedergeschrieben. Solange sie nicht erfüllt sind, sollte von einem Eintritt abgesehen werden.

2. Sitzungsverhalten

Die Bundesdelegierten sollen an den Sitzungen der BSK als Gast teilnehmen. Hierbei sollen möglichst drei BuDelis auf die Sitzung fahren. In ihrer Rolle als Gast gilt es, den Kontakt mit anderen LSVen herzustellen und abzutasten, welche LSVen ähnliche Positionen haben. Zusätzlich können Versuche unternommen werden, die BSK zur Umsetzung der Kriterien zu bewegen.

3. Forderungsstellung

Die Bundesdelegierten sollen bei möglichst vielen Gelegenheiten ihre Forderungen an die BSK vortragen, sodass diese bei Diskussionen in und um die BSK möglichst präsent sind. Ziel soll es sein, dass die anderen Länder diese Forderungen umsetzen.

4. Bilaterale Absprachen

Um die Forderungen der LSV RLP an die BSK besser umsetzen zu können, sollen Absprachen insbesondere mit den LSVen aus Hessen, NRW und Bremen geführt werden, sodass eine gemeinsame Positionierung und Forderungen gefunden werden können.

iii. Andere LSVen

1. Allgemeines

Da die anderen LSVen oft nicht besonders viele Ressourcen in ihre Bundesarbeit stecken, ist es manchmal nötig, die Initiative selbst zu ergreifen, beispielsweise indem sich die Bundesdelegierten selbst auf Veranstaltungen einladen. Länderübergreifende Aktionen, Positionierungen, Pressemitteilungen etc. können unterstützt oder angestoßen werden, wenn sie der Beschlusslage entsprechen und die Bundesdelegation sie für unterstützenswert und die Arbeit der LSV RLP fördernd hält.

a. LSV Hessen

Die Bundesdelegierten sollen zur LSV Hessen einen besonders engen Kontakt pflegen. Hierfür ist es wichtig, so viele der LSRe wie möglich zu besuchen und Mitglieder der LSV Hessen auf die LSKen einzuladen. Zusätzlich sollen sich die Bundesdelegierten regelmäßig über die Geschehnisse in den LSVen austauschen. Besonders im Bereich Digitalisierung



kann von der hessischen Expertise profitiert werden. Auch bezüglich der BSK ist die LSV Hessen ein wichtiger Partner, mit dem man in stetigem Kontakt stehen sollte.

b. LSV Saar

Der Kontakt zur LSV des Saarlands soll gepflegt und eine Kooperation im Bereich Anti-Rassismus weiter forciert werden.

c. LSV NRW

Aufgrund der inhaltlichen Nähe soll der Kontakt zur LSV NRW unbedingt ausgebaut werden. Ein Besuch der LDK und das Fortführen der Kooperation im Sinne einer Wahlaltersenkung sollen angestrebt und umgesetzt werden.

d. LSV Sachsen-Anhalt

Der Kontakt zum LSV Sachsen-Anhalt soll intensiviert werden. Ein Besuch einer Plenartagung dort soll angestrebt und sich inhaltlich ausgetauscht werden.

Anknüpfungspunkt kann hier der Religionsunterricht oder gemeinsame Evaluation der BSK sein.

e. LSV Berlin und Niedersachsen

Der Kontakt mit den LSVen von Berlin und Niedersachsen soll gesucht und vor allem bezüglich der BSK gehalten werden, da diese in der Vergangenheit durchaus Interesse an einem rheinland-pfälzischen Wiedereintritt signalisiert haben.

iv. Weiteres

1. #neueschule

Die Bundesdelegierten sind von rheinland-pfälzischer Seite aus verantwortlich für die Kommunikation und Mitarbeit im Bündnis #neueschule.

2. Waldorfschulen

Die Bundesdelegierten sollen die von ihren Vorgänger*innen begonnene Kooperation mit den Schüler*innen der Waldorfschulen fortführen.

3. Lernfabriken... meutern!

Die Bundesdelegierten sollen sich aktiv im Rhein-Main-Bündnis einbringen und können auch auf Bundesebene für „Lernfabriken... meutern!“ aktiv werden.

4. Bundestag

Die Bundesdelegierten können den Kontakt zu Abgeordneten des Bundestags suchen, um über LSV-relevante Themen zu sprechen und diese auch bundesweit in den Fokus zu rücken.

5. SV-Bildungswerk

Die Bundesdelegierten sollen den guten Kontakt zum SVB erhalten, sich auf Veranstaltungen (z. B. Landesdemokratietag) um ein möglichst geeintes Auftreten bemühen, versuchen, erneut eine SV- Berater*innenausbildung für RLP zu organisieren, nach Möglichkeit an dieser selbst teilnehmen und überlegen, ob sie Mitglied im Netzwerk werden wollen.

6. Internationale SV Arbeit

Die Bundesdelegierten können sich um einen internationalen Austausch und eventuelle Kooperationen bemühen (z. B. EuRegio, OBESSU).

f. Arbeitsbereiche

i. Landesdemokratietag



1. Der AB LDT soll sich möglichst aktiv in den Steuergruppensitzungen einbringen. Zudem soll sich der AB darum bemühen, dass die LSV einen Stand auf dem LDT hat. Zusätzlich sollen Workshops von der LSV angeboten werden. Neben den Workshops soll erneut das „Heiße Eck“ mit dem LJR, der Landtagsverwaltung und dem Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen veranstaltet werden. Weitere Programmpunkte auf der Hauptbühne können angeboten werden.

ii. Stellungnahmen

1. Bei Anfragen um Stellungnahmen durch das Ministerium soll der AB Stellungnahmen entscheiden, ob eine Positionierung zur Änderung sinnvoll ist. Wenn ja, soll der AB eine Stellungnahme gemäß den Beschlüssen der LSV verfassen und diese an das Ministerium übergeben.

iii. Umwelt/Nachhaltigkeit

1. Die LSV verleiht eine Plakette, also eine Auszeichnung für Schulen, die besonders großen Wert auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz legen. Diese Plakette unterscheidet sich ganz wesentlich von der sogenannten BNE Schule, da die LSV-Plakette einen niedrighschwelligen Einstieg in das BNE-Thema ermöglichen soll. Die Plakette wird an Schulen vergeben, die eine Mindestanzahl an Punkten erreichen. Diese Punkte sind in einem sogenannten Punktecatalog aufgelistet, welcher an zwei Runden Tischen mit unterschiedlichsten bildungspolitischen Akteuren erarbeitet wurde. Der Katalog ist auf der LSV-Homepage zu finden.

Das Projekt soll weitergeführt und weiter ausgebaut werden. Zudem sollen möglichst viele Schulen die Auszeichnung erhalten. Um dies zu erreichen, soll sich der AB mit dem BM, konkret Frau Dr. Sabine Schmidt, treffen und weiterhin gemeinsam den Runden Tisch „Schule.Nachhaltig.Gestalten“ veranstalten. Zudem soll sich um eine Finanzierung des Projekts seitens des BMs bemüht werden.

iv. Social Media

1. Soll das momentane Konzept übernehmen oder ein eigenes Konzept entwickeln, nach dem die Social Media-Kanäle der LSV geführt werden. Soll vor allem auf Instagram darauf achten, dass ein ordentliches Feed mit geordneten Highlights vorliegt.

2. Soll insbesondere auf Instagram, Facebook und YouTube für eine ordentliche Social Media-Präsenz sorgen, sprich stets aktiv, auf dem neuesten Stand und erreichbar sein.

3. Kann die Social-Media-Präsenz gerne auf weitere Medien / Plattformen ausweiten.

v. Merch

1. Wandkalender - Der AB Merch soll für das Schuljahr 2023/2024 LSV-SV-Wandkalender produzieren lassen. In diesem stehen Termine wie Ferien, die LSKen, das SV-VL Seminar etc., Genauso wie andere Unterlagen, die die LSV in den Jahren zuvor produziert hat.

2. Sticker - Der AB Merch soll neue Sticker-Motive entwickeln und diese in Absprache mit dem restlichen LaVo drucken lassen.

3. Kann eigene T-Shirts oder Pullis für alle oder nur den aktuellen Funki-Jahrgang erstellen. Die entstehenden Kosten sollen privat getragen werden.

4. Kondome - Der AB Merch soll Kondome designen und diese in Absprache mit dem restlichen LaVo produzieren lassen.



vi. SV-VL

1. Auch im Jahr 2023 soll es mindestens ein SV-VL-Seminar geben. Dieses soll sich an den erfolgreichen vorherigen SV-VL-Seminaren orientieren. Außerdem soll sich die LSV um eine langfristige Finanzierung des/der Seminars/e aus Töpfen des BMs bemühen. Zusätzlich sollen nach Möglichkeit regionale SV-VL-Seminare im ganzen Land stattfinden.

vii. Inklusion

1. Soll an der Sommerschwüle und mindestens einem weiteren CSD teilnehmen.

viii. Geflüchtete

1. Kann sich mit verschiedenen Organisationen in Verbindung setzen, um in der Flüchtlingsarbeit aktiv zu sein und diese mit den SSVen/KrSVen in Kontakt zu bringen.

ix. Online-Handbuch

1. Soll ein Online-Handbuch für SVen erstellen, welches sich auch mit Online-SV-Arbeit auseinandersetzt.

x. Sozi-PL

1. Soll den Kontakt mit Herrn Vogel vom Pädagogischen Landesinstitut halten und eine mögliche Wiederholung der Fortbildung „SV im Sozunterricht“ diskutieren. Soll außerdem unabhängig von Fortbildungen die von der LSV erstellten Unterrichtsmaterialien pflegen und die Möglichkeiten des Lehrplans, SV im Sozialkundeunterricht zu behandeln, verbreiten und beispielsweise auf Veranstaltungen wie dem SV-VL-Seminar darauf aufmerksam machen, damit Schüler*innenvertretung flächendeckender in der Schule behandelt wird.

xi. Reliunterricht

1. Soll dafür sorgen, dass die Diskussion um den Religionsunterricht nicht ins Leere läuft, sondern soll an dem Thema weiter dran bleiben, den öffentlichen Diskurs suchen und ankurbeln, aber auch mit politischen Akteur*innen in Kontakt treten, Verbündete suchen, kann auch noch einmal eigene Veranstaltungen zu dem Thema organisieren.

xii. Digitalisierung

1. Soll im Arbeitsbereich Digitalisierung aktiv werden und sich thematische Konzepte überlegen, wie Schule sinnvoll und sozial gerecht digitaler gestaltet werden kann. Hierzu zählen auch Aspekte wie Sicherheit im Netz, das Erlernen des Umgangs mit Textverarbeitungsprogrammen u. v. m. Ein Beispiel kann sich hier an der LSV Hessen genommen werden, die sehr ausführliche Konzepte in puncto Digitalisierung verfasst hat.

xiii. Awareness

1. Soll im Arbeitsbereich Awareness aktiv bleiben und Aufklärungsarbeit durch Publikationen und Mitwirkung in themenbezogenen Gremien leisten.
2. Soll sich zu gegebenen Anlässen im Namen der Schüler*innen zum Thema äußern.
3. Soll eine gute Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Landespsychotherapeutenkammer o. ä. anstreben.



g. Kooperationen

i. YoupaN

1. Soll den Kontakt zum YoupaN aufrechterhalten.

ii. SCHLAU

1. Kann an SCHLAU-Ausbildungen teilnehmen und soll diese unterstützen.

iii. SVB

1. Soll den Kontakt zum SVB aufrechterhalten und weitere Ausbildungen in Rheinland-Pfalz zu Peer-Berater*innen organisieren.

h. Corona

i. Abgesehen von interner Organisation und eventuellem Verlegen der LaVoSis ins Netz oder der Vertagung und Abspeckung von LSKen an die aktuell geltenden behördlich angeordneten Maßnahmen zum Infektionsschutz, sollen sich die Funkis im Besonderen in die Corona-Politik im Bereich Bildung einbringen und sich bei allen die Schüler*innen betreffenden Entscheidungen Gehör verschaffen.

Da es für Positionierungen zu Schule in Zeiten einer Pandemie bisher keine Beschlusslage gibt, können die Funkis nach eigenem Ermessen Forderungen im Sinne der rheinland-pfälzischen Schüler*innen stellen. Diese sollen stets dem Grundgedanken folgen, dass weder Gesundheit noch Bildung der Schüler*innen vernachlässigt werden dürfen und sollen auf möglichst vielen, umfangreich eingeholten Meinungen beruhen, um die Repräsentanz zu gewährleisten, falls eine LSK-Beschlussfassung nicht mehr möglich ist.

Die Funkis sollen den engen Kontakt mit dem Bildungsministerium pflegen und sich auch mit anderen LSVen zur Situation in deren Bundesländern austauschen. Auch länderübergreifende Positionierungen können von der LSV RLP unterstützt oder angeregt werden, um beispielsweise die Kultusministerkonferenz anzusprechen.

Allgemein sollen die Funkis den politischen Diskurs, Presse und Öffentlichkeit dazu bringen, die Schüler*innen in den Mittelpunkt der sie betreffenden Entscheidungen zu stellen - statt diese Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg zu treffen. Wichtig ist aber auch, den Blick über den Tellerrand nicht zu verlieren, sondern den Überblick zu behalten und auch unabhängig von Corona für ein besseres Schulsystem zu kämpfen

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1: ergänze bei b. Außenreferat und d. Pressereferat:

„Die LSV soll ihre Repräsentanz in der Öffentlichkeit und im Schulalltag erhöhen. Außerdem soll die LSV für eine größere Partizipation in der politischen Landschaft eintreten. Dabei soll die Beschlusslage aktiver und vehementer öffentlichkeitswirksam vertreten werden.“

Abstimmung:



Ja	Nein	Enthaltung
MaS		

→ angenommen

- Florian verlässt das Protokoll
- Ariane betritt das Protokoll
- Ariane verlässt das Protokoll
- Greta betritt das Protokoll

ÄA2: ergänze:

„Der LaVo und seine Referate soll sich zu Beginn jedes Amtsjahres eine persönliche Zielsetzung von Punkten aus dem Grundsatzprogramm zusammenstellen.
Am Ende des Amtsjahres sollen die...“

GO Antrag auf Schließung der Redeliste → keine Gegenrede: **angenommen**

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltungen
15	24	15

→ abgelehnt

Dritte Lesung.

Ja	Nein	Enthaltung
MaS		

→ angenommen

- Greta verlässt das Protokoll
- Florian betritt das Protokoll

TOP 12 Abendprogramm

Information zum Abendprogramm

22:15 Uhr Plenum beendet; Sitzung geschlossen



Samstag, 26.11.2022

Sitzungsbeginn um 09:10 Uhr

TOP 13 Workshops

Vorstellung der WS-Räume:

Personal Space	- Ana	Panda-Raum (Plenum)
Equality, I doubt it ?!	- Emma und Florian	Grizzly-Raum
Projektmanagement	- Felix und Lara	Eisbär-Raum

TOP 14 Genderplena

Frauenplenum	Grizzly-Raum
Männerplenum	Panda-Raum (Plenum)
Gender-Queeres Plenum	Eisbär-Raum

Mittagessen 12:00

Plenum Beginn 13.15

Besprechung der Genderplena im Plenum

TOP 15 Nachwahlen zum Landesvorstand 2021/22*

Erläuterung zum Grund des TOPs durch das Präsidium (fehlende Beschlussfähigkeit der 78. LSK)

Erläuterung der Aufgabe des Landesvorstandes und des erweiterten Landesvorstandes durch das Präsidium

GO-Antrag auf Blockwahl → zurückgezogen (ungültig)

GO-Antrag auf offene Wahl → keine Gegenrede: angenommen

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Emma Lucke	69	0	3	gewählt
Amina Vrgovcevic	65	1	6	gewählt
Leonie Kukla	64	1	7	gewählt



TOP 16 Rechenschaftsberichte der ausscheidenden Amtsträger*innen

Landesvorstandsmitglieder geben in Form einer Erklärung Rechenschaft ab.

Vortragen des Rechenschaftsberichts des gesamten Landesvorstandes durch Pascal Groothuis

- Florian verlässt das Protokoll
- Ariane betritt das Protokoll

Entlastungen:

- > Entlastungsempfehlungen (für und wider) ausgesprochen durch den LaRa, vertreten und vorgestellt durch Lara-Marie Honczek
- > Für- und Widerrede

Bestätigung der Entlastung/Nicht-Entlastung der Amtsträger*innen der 78. LSK

GO-Antrag auf Aussprache → 34 Ja; 31 Nein → angenommen
GO-Antrag auf Ende der Debatte

Amtsträger	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Ertugrul Karaca (Gremienreferat)	MaS	0	0	entlastet
Tim Simoneit (Bundesreferat)	1	MaS	10	nicht entlastet
Przemyslaw Buzcak (seit EAT 2021 ausgetreten)	0	MaS	21	nicht entlastet

Entlastung der Amtsträger*innen 2021/2022

GO-Antrag auf Personaldebatte → Ja; MaS → angenommen

Amtsträger*in	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Leonie Kukla	39	12	27	entlastet
Emma Lucke	69	0	0	entlastet
Jan Forsecwicz	68	0	5	entlastet
Eric Grabowski	42	0	27	entlastet
Colin Haubrich	72	0	0	entlastet
David Richter	1	49	25	nicht entlastet



Dominik Schmidt	67	0	1	entlastet
Pascal Groothuis	72	0	0	entlastet
Florian Pumple	72	0	0	entlastet
Julian Paul	72	0	1	entlastet
Rodi Mem Boyrazli	72	0	5	entlastet
Adar Belice	63	0	9	entlastet
Amina Vrgovcevic	40	5	26	entlastet
Ananya Khantachai	72	0	0	entlastet
Estella McColgan	67	0	5	entlastet

→ Ariane verlässt das Präsidium

→ Florian betritt das Präsidium

Abendessen 17:15 Uhr

TOP 21 Podiumsdiskussion zum Thema Wahlaltersenkung

TOP 17 Wahlen zur Wahlkommission

→ Florian verlässt das Präsidium

→ Ariane betritt das Präsidium

Erklärung des Wahlvorgangs durch das Präsidium

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Colin Haubrich	45	0	3	gewählt
Rodi Mem Boyrazli	23	0	32	nicht gewählt
Fynn Peters	23	5	28	nicht gewählt
Tina Glauz	15	0	41	nicht gewählt



Rea Naomi Alihodzic	26	6	21	nicht gewählt
Mathilda von Döhren	33	0	23	gewählt
Greta Hostermann	32	0	24	nicht gewählt
Naila Murati	22	1	32	nicht gewählt
Dominik Otworowski	34	0	18	gewählt

TOP 18/19 Wahlen zum Landesvorstand 2022/2023

Vorstellung der Kandidat*innen in 3-minütigen Redebeiträgen

1. Wahlgang (Verkündung)

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Dominik Schmidt	56	11	7	gewählt
Florian Pumple	59	7	8	gewählt
Leon Becht	44	20	11	gewählt
Jule Kresin	56	8	9	gewählt
Erik Peters	14	33	27	nicht gewählt
Mia Selina Alihodžić	35	20	18	nicht gewählt
Sarah Dowidat	39	17	18	gewählt
Julian Stauffer	13	31	29	nicht gewählt
Lina Köhm	51	7	15	gewählt
Pascal Groothuis	67	4	3	gewählt
Riccardo Reiß	43	9	20	gewählt
Klara Maschke	54	7	13	gewählt
Julian Paul	59	6	9	gewählt



Lina Mavridis	57	4	13	gewählt
Merlin Schröder	19	27	28	nicht gewählt
Emma Lucke	64	3	6	gewählt
Ben Szabo	18	40	16	nicht gewählt
Lars Schmidt	55	9	10	gewählt
Hoshang Amiry	30	22	22	nicht gewählt

GO-Antrag auf Überspringen des zweiten Wahlgangs → 63 Ja; 0 Nein; 1 Enthaltung;
angenommen

Dritter Wahlgang

- Lara verlässt das Präsidium
- Ariane verlässt das Protokoll
- Florian betritt das Protokoll

GO-Antrag auf offene Wahl → abgelehnt durch Veto

*Vorstellung der neuen Kandidat*innen*

Stimmungsbild, ob wir Antragsbehandlung machen, Alternative (Nein): Plenum beenden

Ja	Nein	Enthaltung
16	27	

3. Wahlgang (Verkündung)

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Ben Szabo				nicht gewählt
Erik Peters	9	40	20	nicht gewählt
Mia Selina Alihodžić	25	30	14	nicht gewählt
Julian Stauffer	20	35	14	nicht gewählt
Joel Schüßler	30	16	21	gewählt
Merlin Schröder	20	29	20	nicht gewählt
Hoshang Amiry				nicht gewählt
Lara Honczek	51	11	5	gewählt



→ alle gewählten Landesvorstandsmitglieder nehmen ihre Wahl an

TOP 22 Antragsbehandlung

Antrag F8 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz): Einführung des Deutschlandtickets

Antragstellender:

Pascal Groothuis, Riccardo Reiß

Antragstext: Mitglieder des LaVos sowie die LaRa-Sprecher*innen können beim LaVo bei Einführung ein 49-Euro-Ticket unter Vorlage einer Kalkulation, die die zu erwartende Ersparnis durch das Ticket, das voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2023 eingeführt wird, aufzeigt, beantragen. Lässt sich z. B. durch feste Einbindung in Projekte die Rentabilität eines solchen Tickets für Mitglieder der erweiterten Landesvorstandes oder Menschen in Mitwirkung an den Arbeitsbereichen mit absoluter Sicherheit absehen, ist auch in diesem Fall der Kauf eines 49-Euro-Tickets möglich. Der LaVo beschließt darüber. Zuordnung zur Finanzordnung/Fahrtkostenrückerstattung als neuer Punkt 3.5.

Antragsbegründung: erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
MaS	0	1	angenommen

GO-Antrag auf neuen TO-Punkt „Initiativanträge“ → 0 Ja; Mas Nein → abgelehnt

Antrag VGSP1 (an das Grundsatzprogramm der LSV Rheinland-Pfalz):

Austausch mit politischen Organisationen

Antragstellender:

David Richter (Kreis-SV Südwestpfalz)

Antragstext: Die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz soll keinen Kontakt zu Parteien oder parteipolitischen Verbänden suchen oder unterhalten, deren Organisation oder einzelne Organe (beispielsweise Jugendverbände, „Flügel“ etc.) unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

Antragsbegründung: Eine der höchsten Forderungen der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz ist die nach mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, vor allem in der Schule und im politischen Mitbestimmungsrecht (siehe Forderungen zu Wahlalter 0,



größeres Mitbestimmungsrecht der Schüler*innen in Schulsystem etc.). Parteien und parteipolitische Verbände, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, stellen sich ganz klar gegen die grundlegende demokratische Wertegemeinschaft und es sollte deshalb kein Austausch mit diesen Organisationen stattfinden, da dies einen Verrat an unseren Grundsätzen darstellt

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1: Ergänze bei „Parteien“: „Personen“

Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
MaS	1	6	angenommen

GO-Antrag auf Schließung der Redner*innenliste → MaS Ja; 1 Nein; 6 Enth. → angenommen

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung → MaS Ja; 13 Nein; 5 Enth. → angenommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
37	21	5	nicht angenommen (erforderliche 2/3-Mehrheit verfehlt)

**Antrag VS1 (an die Satzung der LSV Rheinland-Pfalz):
Nichtöffentlichkeit Landesvorstandssitzungen**

Antragstellender:

Rodi Mem Boyrazli (Kreis-SV Alzey-Worms)

Antragstext:

Streiche: [...], das heißt auf die Anwesenheit der gewählten Landesvorstandsmitglieder beschränkt werden.

Ergänze: [...], das heißt auf die Anwesenheit der gewählten Landesvorstandsmitglieder, Landesratssprecher*innen und Freien Mitarbeitenden beschränkt werden. Sofern der Landesvorstand es für nötig hält, gewisse Punkte nur intern zu besprechen, können die Freien Mitarbeitenden und/oder Landesratssprecher*innen ausgeschlossen werden. Hierfür ist eine Abstimmung mit absoluter Mehrheit nötig.

Zuordnung zum Paragraphen III. 27. der Satzung.

Antragsbegründung: erfolgt mündlich



Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1: ergänze hinter „gewisse Punkte“: „die internen persönlichen Konflikten im Landesvorstand zugrunde liegen“

→ vom Antragsstellenden angenommen

ÄA2: ergänze hinter „Landesratssprecher*innen“: „freien Mitarbeitenden und die GF“

→ vom Antragsstellenden angenommen

Dritte Lesung.

Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
MaS	1	2	angenommen

VV: Fortsetzung der Antragsbehandlung statt WUP → MaS angenommen

Antrag VS2 (an die Satzung der LSV Rheinland-Pfalz): Freie Mitarbeitende

Antragstellender: Rodi Mem Boyrazli (Kreis-SV Alzey-Worms)

Antragstext:

Hinzufügen bei III. 32.

Der LaVo kann Freie Mitarbeitende wählen, die den LaVo in seiner Arbeit unterstützen können. Freie Mitarbeitende müssen zu dem Zeitpunkt der Wahl keine Schüler*innen mehr sein. Vorzugsweise sollten Freie Mitarbeitende ehemalige Funktionär*innen in der LSV gewesen sein. Sie besitzen kein Stimmrecht. Die Aufgaben der Freien Mitarbeitenden sind flexibel und nicht verpflichtend, dennoch ist Unterstützung bei Problemfällen gefragt und erwünscht.

Zuordnung zum Paragrafen III. Der Landesvorstand der Satzung.

Antragsbegründung: erfolgt mündlich

Erste Lesung.

→ Felix Brand verlässt das Präsidium

Zweite Lesung.

ÄA1: Streiche: „Vorzugsweise sollten Freie Mitarbeitende ehemalige Funktionär*innen“ ersetze durch „Freie Mitarbeitende müssen ehemalige Funktionär*innen“

Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
39	12	6	angenommen



GO-Antrag auf sofortige Abstimmung → keine Gegenrede, angenommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
60	0	2	angenommen

→ Felix Brand betritt das Präsidium

Antrag VF1 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz): ICE-Fahrkarten LaVo

Antragstellende: Dominik Schmidt (Stadt-SV Koblenz), Colin Haubrich (Kreis-SV Altenkirchen)

Antragstext:

In der Finanzordnung wird Paragraph 3.3, Satz 4 gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt: „Mitgliedern des Bundesreferats sowie des LaVos werden für Fahrten außerhalb von RLP nach Genehmigung durch den Landesvorstand auch ICE/ECE-Fahrkarten erstattet, sofern diese eine Fahrzeit von 2 1/2 Stunden (inklusive Umsteigezeit) überschreiten.“

Zudem wird in Paragraph 3.4, Satz 1, ersatzlos gestrichen: „..., der Bundesdelegation - mit Ausnahme deren Vertreter*innen -“

Ebenfalls wird in Paragraph 3.4 der zweite Satz: „Lässt sich z.B. durch feste Terminabsprachen oder eine sehr lange Einzelfahrtstrecke die Rentabilität einer BahnCard für stellvertretende Bundesdelegierte mit absoluter Sicherheit absehen, ist auch in diesem Fall der Kauf einer BahnCard möglich.“ ersatzlos gestrichen.

In Paragraph 4 wird in Satz 1 „..., Bundesdelegierte“ ersatzlos gestrichen. In Paragraph 6, Satz 2, wird „..., Bundesdelegierte“ ersatzlos gestrichen. Zuordnung zur Finanzordnung.

Antragsbegründung: erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1: Streiche: „des Bundesreferats“ sowie „außerhalb von RLP“ → vom Antragsstellenden übernommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:



Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
MaS			angenommen

Antrag VA1: Ankündigung von Klassenarbeiten/ Leistungsüberprüfungen

Antragstellende: Sophie Leim, Schülerin der BBS Rodalben, FSSOP21A, David Richter

Antragstext: Die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz soll sich für eine frühere Ankündigungsfrist von Klassenarbeiten/Leistungsüberprüfungen (2 Wochen vor dem Termin) in Vollzeitbildungsgängen einsetzen.

Antragsbegründung: Die momentane Frist von einer Woche ist zu kurzfristig, um sich bestmöglich auf die Themen der Klassenarbeit/Leistungsüberprüfung vorbereiten zu können. Eine zweiwöchige Frist gibt den Schüler*innen die Möglichkeit, sich ausreichend auf die Thematik vorzubereiten.

Erste Lesung.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung → MaS angenommen

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
MaS			angenommen

01⁰⁶ Uhr Plenum beendet; Sitzung geschlossen

Sonntag, 27.11.2022

Sitzungsbeginn um 09:30 Uhr

TOP 20 Wahlen zum erweiterten Landesvorstand 2022/2023

GO-Antrag auf Blockwahl → keine Gegenrede: angenommen

GO-Antrag auf offene Wahl → keine Gegenrede: angenommen

Name	Ja	Nein	Enthaltung	Ergebnis
Colin Haubrich				



Rea Naomi Alihodzic				
Leonie Janizewski				
Nictié Kalthoff				
Leon Wagner				
Erik Peters				
Greta Hostermann				
Julian Stauffer				
Tomte Neusüß				
Felix Pe Kammerer				
Amelie Maleskic				
Ariane Buchschat				
Felix Brand				
Leon Christen				
Edda Schmitt				
Tina Glauz				
Julius Glanemann				
Leon Theuer				
Niklas Berweiler				
Matti Ropeter				
Merlin Schröder				



Milena Boltin				
Mathilda von Döhren				
Marian Alois Ziwes				
Philomena Born				
Lea Sonntag				
Aisha Adohoun				
Giulia Purschke				
Tyler Weyer				
Cedrik Zander				
Eray Altay				
Dominik Otworowski				
Mia Selina Alihodzic				
David Kreca				
Sarah Hanoui				
	MaS	1	1	gewählt

→ alle gewählten erweiterten Landesvorstandsmitglieder nehmen ihre Wahl an

TOP 24 Antragsbehandlung

Antrag VA2: BAföG

Antragsteller: David Richter (Kreis-SV Südwestpfalz)

Antragstext:

Die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz soll sich für eine Aufhebung der Altersgrenze beim BAföG einsetzen. Des Weiteren soll sie einen einheitlichen Mindestsatz und Elternunabhängigkeit fordern.



Antragsbegründung:

Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Deshalb kann es nicht sein, dass Menschen, die das 30. Lebensjahr abgeschlossen haben, die Chance auf eine Weiterbildung bzw. Neubildung genommen bekommen, weil sie sich nicht für einen BAföG-Bezug qualifizieren. Des Weiteren muss eine Elternunabhängigkeit gegeben sein, da nicht alle Schüler*innen von ihren Eltern während der Schulzeit/Ausbildung unterstützt werden. Aus derselben Perspektive lässt sich die Förderung nach einem einheitlichen Mindestsatz begründen, da nur so eine angemessene Lebensqualität garantiert werden kann

Erste Lesung.

ÄA1

ergänze: „Des Weiteren soll sie sich für einer Rückkehr zum Vollzuschuss, eine Wiedereinführung des Schüler*innen-BAföG ab Klasse 10,...“

GO-Antrag auf Nichtbehandlung → keine Gegenrede: angenommen

Rückzug aller Anträge des Antragsteller David Richter durch den Antragsteller

Antrag VA3: Streichung Antrag Pflichtfach „Wirtschaft und Recht“

Antragstellender: Rodi Mem Boyrazli (Kreis-SV Alzey-Worms)

Antragstext:

Streichung des Beschlusslagenpunkts:

Einführung des Wahlfaches „Wirtschaft und Finanzen“ ab der 9. Klasse

Zuordnung zum Thema Unterricht der Beschlusslage.

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	1	

→ angenommen



Antrag VA4: Einführung des Wahlfaches „Wirtschaft und Finanzen“ ab der 7. Klasse

Antragstellender: Rodi Mem Boyrazli (Kreis-SV Alzey-Worms)

Antragstext:

In einer Zeit, in welcher Konsum eines der größten Themen der Finanzwelt geworden ist, ist es nötig, allen rheinland-pfälzischen Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, sich über Finanzen informieren zu können. Dementsprechend fordert die LSV die Einführung für das Fach „Wirtschaft und Finanzen“ ab der 7. Klasse. Dieses Fach sollte zwei Stunden pro Woche enthalten und ausschließlich als Wahlfach angeboten werden. Inbegriffen in diesen zwei Stunden sind etwa: die soziale Marktwirtschaft, andere Wirtschaftssysteme (etwa: chinesische, amerikanische, aber auch Wirtschaftssysteme in anderen Staatsformen (beispielsweise im Sozialismus (Bsp.: Planwirtschaft), Finanzanlagen (etwa: Aktien, Immobilien, Kryptowährungen) und die Aufklärung über die inbegriffenen Risiken im Prozess des Anlegens, der „richtige“ Umgang mit dem eigenen Geld, Versicherungen (etwa: Gesundheitsversicherungen, Rentenversicherungen, Lebensversicherungen, etc.), Bausparverträge, Kredite, das generelle System der Banken, Steuererklärungen, etc.

Zuordnung zum Thema Unterricht der Beschlusslage.

Antragsbegründung:
erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

Dritte Lesung

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	3	

→ angenommen

Antrag F1 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz): Tagegeld-Erstattung - Nachweisänderung

Antragstellender: Colin Haubrich (KrSV Altenkirchen)

Antragstext:

Für die Erstattung von Sachkosten, insbesondere der Tagegelder, ist ein Nachweis in Form einer Kreditkartenabrechnung, eines Kontoauszuges o. ä. ausreichend.



Zuordnung zum Thema 2.1. Stellung von Rückerstattungsanträgen für Fahrt- und Sachkosten, Buchführung der Finanzordnung.

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich

→ Felix verlässt das Präsidium

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1:

Streiche: „von Sachkosten, insbesondere der Tagegelder“

Ersetze durch: „von Tagegeld“

→ vom Antragssteller übernommen

ÄA2:

Streiche: „von Sachkosten, insbesondere der Tagegelder“

Ersetze durch: „der Sachkosten (der eigenen Tagegelder)“

→ vom Antragssteller übernommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	0	

→ angenommen

→ Felix betritt das Präsidium

Antrag F2 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz):

Notwendige Übernachtungen bei LSV-Terminen

Antragstellender: Colin Haubrich

Antragstext:

Füge hinzu:

„4. Übernachtungsgeld

(1) Für eine notwendige Übernachtung erhalten LaVoMis pauschal 20 EUR. Höhere



Übernachungskosten werden erstattet, soweit sie notwendig sind. Es sind jeweils die günstigsten Varianten zu wählen und Jugendherbergen bzw. Hostels vorrangig zu buchen.

(2) Übernachtungsgeld wird nicht gewährt

1. für die Dauer der Benutzung von Beförderungsmitteln,
2. bei Terminen am oder zum Wohnort für die Dauer des Aufenthalts an diesem Ort,
3. bei unentgeltlicher Bereitstellung einer Unterkunft des Amtes wegen, auch wenn diese Unterkunft ohne triftigen Grund nicht genutzt wird, und
4. in den Fällen, in denen das Entgelt für die Unterkunft in den erstattungsfähigen Fahrt- oder sonstigen Kosten enthalten ist, es sei denn, dass eine Übernachtung aufgrund einer zu frühen Ankunft am Geschäftsort oder einer zu späten Abfahrt von diesem zusätzlich erforderlich wird.“

*Notwendige Redaktionelle Änderungen: Verschiebung der Ordnungszahlen.
Zuordnung zur Finanzordnung.*

Antragsbegründung:
erfolgt mündlich

Erste Lesung.
Zweite Lesung.

ÄA1.

Streiche: „LaVoMis“

Ersetzte durch: „Funkis“

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	0	2

→ angenommen

Antrag F3 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz):
Streichung der Teilnahmebeiträge bei LSKen für Funkis

Antragstellender: Colin Haubrich

Antragstext:

Streiche:

„3. Mitgliedern des LaVos und den Landesratssprecher*innen 10€.

Zuordnung zu 5.2. Teilnahmebeiträge der Finanzordnung.“

Antragsbegründung:
erfolgt mündlich



→ Felix verlässt das Präsidium

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1:

Füge hinzu:

„LaVoMis, LaRa-Sprecher*innen, und Freie Mitarbeitende müssen, aufgrund ihrer sonstigen Arbeit, keinen Beitrag bezahlen.“

→ vom Antragsteller übernommen

ÄA2:

Füge hinzu: „Präsidiumsmitglieder“

→ vom Antragsteller angenommen

ÄA3

Ergänze: „Bereits bezahlte Teilnahmebeiträge können als SaKo eingereicht und erstattet werden.“

→ vom Antragssteller übernommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	0	4

→ angenommen

Antrag F4 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz):

Parkkosten bei LSV-Terminen

Antragstellender: Colin Haubrich

Antragstext:

Füge hinzu: „Parkkosten werden als Sachkosten anerkannt und erstattet.“

Zuordnung zu 3.2. Fahrten mit dem PKW der Finanzordnung.

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich



Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1:

Ergänze: „Bereits gezahlte Parkgelder können auch 6 Monate rückwirkend über einen SaKo eingereicht werden.“

→ vom Antragssteller übernommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	0	2

→ angenommen

**Antrag F5 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz):
Erstattung Kosten „mobile Daten“ bei LSV-Terminen**

Antragstellender: Colin Haubrich

Antragstext:

Füge hinzu: „Kosten für temporären Internetzugang, wie bspw. einer Unlimited-Day-Flat für 24h, können, sofern sie für die Wahrnehmung von LSV-Terminen oder auf Veranstaltungen von Nöten sind, erstattet werden.“

Zuordnung zu 2.3. Telefonkosten der Finanzordnung.

Antragsbegründung:
erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	4	3

→ angenommen



**Antrag F6 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz):
Nebenkostenerstattung, Auslagenerstattung für Reisevorbereitungen**

Antragstellender: Colin Haubrich

Antragstext:

Füge hinzu:

5. Nebenkostenerstattung, Auslagenerstattung für Reisevorbereitungen

(1) Zur Erledigung des Dienstgeschäfts entstandene notwendige Auslagen, die nicht nach den §§ 5 bis 8 zu erstatten sind, werden als Nebenkosten erstattet.

(2) Werden Dienstreisen aus Gründen, die die Berechtigten nicht zu vertreten haben, nicht ausgeführt, werden die durch die Vorbereitung entstandenen notwendigen, berücksichtigungsfähigen Auslagen erstattet.

*Notwendige Redaktionelle Änderungen: Verschiebung der Ordnungszahlen.
Zuordnung zur Finanzordnung.*

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich

Erste Lesung.

→ unzulässig, ÄÄ nötig

ÄÄ1:

Streiche: „§§ 5 bis 8“

Ersetze durch: „bisher aufgeführten Punkten zu erstatten sind“

→ vom Antragsteller übernommen

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	0	2

→ angenommen

**Antrag F7 (an die Finanzordnung der LSV Rheinland-Pfalz):
Sitzplatzreservierungen im Fernverkehr**

Antragstellender: Colin Haubrich



Antragstext:

Füge hinzu:

Sitzplatzreservierungen für den Fernverkehr werden in begründeten Fällen erstattet. Begründete Fälle sind, wenn man bspw. die Zugfahrt zum Arbeiten nutzt oder andere Gründe einen garantierten Sitzplatz unabdingbar machen.

Zuordnung zur Finanzordnung.

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1:

Streiche: letzter Satz

→ vom Antragsteller übernommen

ÄA2

Ergänze:

„Diese können bis zu 6 Monate rückwirkend eingereicht und erstattet werden.“

→ vom Antragsteller übernommen

ÄA3:

Ergänze: „...die Zugfahrt zum Arbeiten für die LSV nutzt, dies gesundheitsbedingt unabdingbar ist oder der Zug überfüllt ist.“

→ vom Antragsteller übernommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	1	9

→ angenommen

→ Felix betritt das Präsidium

Antrag A6: Erneuerbare Energien an jeder Schule / Sanierungsmaßnahmen / Umänderung des Praktikums für die HBF Klassenstufen



Antragsteller: Fatjon Maloku (Kreis-SV Bernkastel-Wittlich)

Antragstext:

Hiermit bitte ich die LSV, sich für erneuerbare Energien (Solaranlagen auf Schuldächern) einzusetzen, um der Energiekrise entgegenzuwirken und Heizung im Winter mit genügend Strom für Schulen zu gewährleisten. Insbesondere aus meiner Region Bernkastel-Wittlich, wo auch Weinbau betrieben wird, wäre es eine Überlegung wert, da es in dieser Region überdurchschnittlich viele Sonnenstunden gibt. Darüber hinaus werden an vielen Schulen Sanierungsmaßnahmen benötigt. Bei einer benachbarten Schule bei uns ist sogar ein Dach eingestürzt. Die Sanierungsmaßnahmen sollten auch zur Dekorierung und Verschönerung der Schulen genutzt werden. Auch wäre eine Klimatisierung der Schulen sinnvoll, da bei hohen Temperaturen im Sommer sich Schülerinnen und Schüler schlechter konzentrieren können. Auch bitte ich um eine Umänderung des Praktikums für die HBF Klassenstufen. Hierfür werden mittlerweile ganze 14 Wochen Praktikum in den Ferien benötigt, damit man das Fachabitur Wirtschaft erreicht. In anderen Wahlfächern ist es auch ähnlich. Eine deutliche Verringerung der benötigten Wochen oder dass man das Praktikum in einem Stück macht wäre realistischer, da man daneben zusätzlich ein Jahr Pflichtpraktikum Montag und Dienstag macht für den staatlich geprüften Assistenten.

Zuordnung zum Thema Weitere Beschlüsse der Beschlusslage

Antragsbegründung:

Da Schülerinnen und Schüler jeden Tag das Gebäude besuchen und das Aussehen des Schulgebäudes die Leistungen und Wohlbefinden durchaus beeinflussen kann und die Schülerschaft die Zukunft unseres Landes ist, sollten demnach Schulen zu den schönsten und bestausgestatteten Gebäuden der Stadt zählen. Der Markt ist allerdings übersättigt und es lassen sich nur extrem schwer Praktikumsstellen im kaufmännischen Bereich finden und zudem fehlen den Schülerinnen und Schülern die Schulferien dadurch, wenn sie das Fachabitur anstreben.

→ in dieser Form unzulässig

GO-Antrag auf Vertagung → keine Gegenrede: angenommen

TOP 4 Grußworte

Grußwort von Rainer Schladweiler

Überreichung eines Präsensts von Seiten der LSV

TOP 24 Antragsbehandlung



Antrag A7: Digitale Sicherheit fördern

Antragstellender: Leon Theuer (Stadt-SV Speyer)

Antragstext:

Die LSV soll sich dafür einsetzen, dass Schülis das Thema digitale Sicherheit und Datensicherheit stärker nähergebracht wird, die Gefahren beim Umgang mit Daten ausführlich erläutert werden und wie man sich vor diesen Gefahren schützt. Es müssen sowohl Aspekte von privaten Daten als auch von geschäftlichen Daten betrachtet werden.

Zuordnung zum Thema 12 - Medien/Digitalisierung der Beschlusslage

Antragsbegründung:

Digitale (Daten-)Sicherheit wird in nahezu allen Bereichen unbedingt benötigt, aber trotzdem zu sehr unterschätzt. Dies hat auch starke Auswirkungen auf das Leben von allen. Schülis sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich mit solchen Themen in der Schule auseinanderzusetzen und der Umgang mit ihnen näher gebracht zu werden.

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1:

Ergänze: „Diese Prävention sollte in Form von Workshops stattfinden, die gemeinsam mit den Schüler*innen geplant und durchgeführt werden.“

→ vom Antragsteller übernommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	1	4

→ angenommen

Antrag A9 wurde vom Antragsteller zurückgezogen

Antrag A8: #westandwithukraine

Antragstellender: Colin Haubrich (Kreis-SV Altenkirchen)



Antragstext:

Die LSV RLP verurteilt den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine scharf. Schüler*innen, die nach Deutschland fliehen, muss schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Die geflüchteten ukrainischen Schüler*innen sollen bestmöglich in den Schulalltag und die Gemeinschaft integriert werden. Die LSV unterstützt die Bemühungen der Kommunen, diese Ziele umzusetzen und unterstützt Schüler*innenvertretungen bei der Umsetzung von Projekten, die darauf abzielen, geflüchteten ukrainischen Schüler*innen zu helfen und sie zu integrieren.

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

GO-Antrag auf spätere Behandlung des Antrags → keine Gegenrede:
angenommen

Antrag A10: Drogenpolitik

Antragstellender: Pascal Groothuis (Kreis-SV Neuwied)

Antragstext:

Streiche:

Die LSV setzt sich für die Legalisierung von Cannabis ein und fordert im Zusammenhang damit eine Steuer auf Cannabisprodukte, deren Ertrag ausschließlich in Projekte zur Suchtprävention und in Ausgaben im Bereich Bildung und Wissenschaft zu jeweils 50% fließen muss.

Ersetze durch:

Die LSV befürwortet den Weg der Bunderegierung, sich für die Legalisierung von Cannabis einzusetzen und fordert in diesem Zusammenhang eine Steuer auf Cannabisprodukte, deren Ertrag ausschließlich in Projekte zur Suchtprävention und in Ausgaben im Bereich Bildung und Wissenschaft zu jeweils 50% fließen muss. Wir fordern in diesem Zusammenhang eine Konzeption eines hinreichenden Jugendschutzes, der in enger Mitwirkung der Jugendlichen selbst auf den Weg gebracht werden soll.

Zuordnung zum Thema Weitere Beschlüsse der Beschlusslage.

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich



Erste Lesung.

Zweite Lesung

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	0	12

→ angenommen

Antrag A11: Wahlen

Antragstellende: Pascal Groothuis (Kreis-SV Neuwied),
Riccardo Reiß (Stadt-SV Ludwigshafen)

Antragstext:

Streiche:

Europäisches Wahlrecht: Die LSV RLP fordert die Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, von Artikel AEU Vertrag Gebrauch zu machen und eine Änderung des Wahlrechts spätestens zu den Wahlen des Europäischen Parlaments 2024 (9. Legislaturperiode) zu initiieren.

Wird ersetzt durch:

Europäisches Wahlrecht: Die LSV RLP befürwortet den Beschluss des Bundestages, von Artikel 223 AEU Vertrag Gebrauch zu machen und eine Änderung des Wahlrechts spätestens zu den Wahlen des Europäischen Parlaments 2024 (9. Legislaturperiode) zu initiieren.

Dabei fordern wir die Umsetzung der folgenden Punkte:

- Abschaffung des Wahlalters. Die Absenkung des Wahlalters stellt hier einen Schritt in die richtige Richtung dar.
- Das Verhindern der Möglichkeit der doppelten Stimmabgabe, indem die Stimmabgabe nur noch am festen Wohnsitz erfolgen soll.
- Eine europäische Wahlbehörde soll zur Durchführung und Überwachung der Wahlen geschaffen werden. (66. LSK)

Selbiges fordern wir als LSV, auch im Landeswahlrecht umzusetzen. Die LSV RLP setzt sich daher dafür ein, gemeinsam mit Unterstützer*innen, im Landtag dafür zu werben. Durch Gespräche, Diskussionen und Demonstrationen soll die Opposition dazu bewegt werden, die Aktionen zur Herabsetzung des Wahlalters zu unterstützen.

Zuordnung zum Thema Wahlen/Europa- und Landeswahlen der Beschlusslage



Antragsbegründung:
erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	4	9

→ angenommen

Antrag A12: Lesen ist Demokratie

Antragstellender: Pascal Groothuis (Kreis-SV Neuwied)

Antragstext:

Ergänze in der Beschlusslage:

Lesen ist ein wichtiger Baustein der Demokratie. Lesen bringt Bildung und nur mit guter Bildung hat die Demokratie auch Zukunft. Und beides beginnt eben schon ganz früh: Lesen und Demokratie, auch schon in der Grundschule. Daher ist das Lesen ein ganz wesentliches Mittel, um unsere Demokratie vor ihren Feinden zu schützen und für die ungewisse Zukunft zu wappnen. Daher setzt sich die LSV für mehr Vorlesen an Kitas und Grundschulen ein und beteiligt sich am bundesweiten Vorlesetag und bemüht sich um die Einführung eines jährlichen landesweiten Vorlesetages nach dem Vorbild des Bundesvorlesetages. Darüber hinaus sollen sich Landesvorstandsmitglieder individuell um die Möglichkeit zum Vorlesen an Kitas und Grundschulen in ihrer Region bemühen.

Zuordnung zum Thema Demokratisierung oder Unterricht oder sinnvolle Stelle der Beschlusslage

Antragsbegründung:
erfolgt mündlich

Erste Lesung

Zweite Lesung.

ÄA1:

Streiche: „Kitas und Grundschulen“

Ersetze durch: „Schulen“



→ vom Antragsteller übernommen

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	0	3

→ angenommen

Antrag A13: Kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten

Antragstellender: Pascal Groothuis (Kreis-SV Neuwied)

Antragstext:

Ergänze in der Beschlusslage:

„Die LSV soll sich für die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten sowohl auf Mädchen als auch auf Jungs- und geschlechtsneutralen Toiletten einsetzen. Die LSV erkennt die aktuellen Fortschritte und Erfolge der Kreis-SV Neuwied in dieser Sache als vorbildhaftes Beispiel für die Nachbarkreise und perspektivisch auch für ganz Rheinland-Pfalz an. Modellartige Versuche für einen landesweiten Weg werden auf dieser Grundlage ausdrücklich unterstützt und von der LSV mitgetragen.

Zuordnung zum Thema Gesundheit/Ernährung und sexuelle Aufklärung

Antragsbegründung:

erfolgt mündlich

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

ÄA1:

Streiche:

Zeile 838 „der KrSV Neuwied ... Nachbarkreise und“

Ersetze durch:

„der KrSVen/SSVen in dieser Sache als vorbildhaftes Beispiel“

→ vom Antragsteller übernommen

ÄA2:

Streiche:

„sowohl auf Mädchen- als auch auf Jungs- und geschlechtsneutralen Toiletten einsetzen“



Ersetze durch: „in Schulen“

Ja	Nein	Enthaltung
3	MaS	6

→ abgelehnt

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS		02

→ angenommen

Wiederaufnahme von Antrag A8

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	Nein	Enthaltung
MaS	1	8

→ angenommen

GO-Antrag auf Hinzufügen eines TOP 25 Initiativanträge

→ Felix verlässt das Präsidium

Abstimmung

Ja	Nein	Enthaltung
39	1	10

→ angenommen

TOP 25 Initiativanträge

→ Felix betritt das Präsidium

Abstimmung über Behandlung des Initiativantrags „Korrekte Namen- bzw. Pronomina-Nutzung bei Transschüler*innen“



Ja	Nein	Enthaltung
MaS	3	2

→ angenommen

Initiativantrag „Korrekte Namen- bzw. Pronomina-Nutzung bei Transschüler*innen“

Antragstellerin: Nictié Kalthoff (Stadt-SV Mainz)

Antragstext:

Die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz fordert die Verpflichtung aller Lehrkräfte zur korrekten, von den Schüler*innen selbstbestimmten, Namen- sowie Pronomina-Nutzung (sofern dies keine Neo-Pronomina sind) für geoutete Trans*Schüler*innen.

Antragsbegründung:

Das Misgenderen durch Lehrkräfte kann nicht nur schwerliegende psychische Schäden bei Trans*Schüler*innen hervorrufen, sondern verletzt auch das Recht auf Selbstbestimmung und damit die unantastbare Menschenwürde.

Erste Lesung.

Zweite Lesung.

Dritte Lesung.

Abstimmung:

Ja	<u>Nein</u>	<u>Enthaltung</u>
MaS	0	4

→ angenommen

TOP 26 Abschlussplenum und Feedback

Dankesworte an alle beteiligten Akteure

*Die 79. Landesschüler*innenkonferenz wird um 13:17 Uhr geschlossen!*



Pirmasens, den 27. November 2022

Für die Richtigkeit:

Lara-Marie Honczek
(Präsidentin)

Florian Pumple
(Protokollant)

Felix Brand
(techn. Assistent)

Ariane Bukschat
(stellv. Präsidium)

Rodi Mem Boyrazli
(stellv. Präsidium)

Greta Hostermann
(stellv. Präsidium)